

## Feedback des Deutschen Bundesjugendrings zur Beteiligungsrunde [Jugendbeteiligung – selbstverständlich?!]

**Liebe Teilnehmer\_innen der Beteiligungsrunde,  
Liebe Politik>Macher\_innen,**

In der Beteiligungsrunde „Jugendbeteiligung – selbstverständlich?!“ habt ihr euch intensiv mit dem Themenfeld Partizipation auseinandergesetzt und zahlreiche Ideen, Forderungen und Erfahrungen in die politische Debatte eingebracht. Durch eure Beteiligung verbessert ihr aktiv die aktuellen Diskussionen um Jugendpolitik in Deutschland, dafür möchten wir euch unseren Dank aussprechen!

Als Deutscher Bundesjugendring (DBJR) ist es unsere Aufgabe, die Interessen der Jugendverbände in Deutschland und damit die Interessen vieler junger Menschen zu vertreten. In diesem Rahmen ist Jugendbeteiligung ein ganz essentieller Themenbereich.

Wir möchten euch hiermit unsere Rückmeldung zu den Ergebnissen der Beteiligungsrunde „Jugendbeteiligung – selbstverständlich?!“ geben. Die von euch eingebrachten Meinungen sind in großen Teilen in den Positionen und Forderungen der Jugendverbände wiederzufinden.

### **Wer sind wir? - Der DBJR**

Als Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände und Landesjugendringe in Deutschland hat der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) die Aufgabe, gemeinsame Positionen und Interessen seiner Mitgliedsverbände auf Bundesebene zu vertreten.

Mehr als sechs Millionen Kinder und Jugendliche sind in unseren Mitgliedsverbänden zusammengeschlossen und engagiert. Diese Jugendverbände sind Orte, in denen Kinder und Jugendliche Gemeinschaft erleben, lernen, Freizeit gestalten, sich ehrenamtlich engagieren und sich für andere einsetzen.

Diese Organisationen stehen für ein breites Spektrum jugendlichen Engagements: Konfessionelle, ökologische und kulturelle Verbände sind hier ebenso zusammengeschlossen wie Arbeiterjugendverbände, humanitär geprägte Verbände, Pfadfinder\_innen-Verbände und Verbände junger Migrant\_innen.

Als Teil der Steuerungsgruppe des Zentrums Eigenständige Jugendpolitik wirkt der DBJR aktiv mit, wenn es darum geht, Jugendpolitik in Deutschland zu verbessern. Und er bringt die Positionen der Jugendverbände und ihrer Mitglieder ein. Um zusätzlich direkt Positionen von euch in den Prozess einfließen lassen zu können, haben wir das Projekt „Ichmache>Politik“ ins Leben gerufen. So gewährleisten wir die Möglichkeit eurer direkten Beteiligung am Prozess – in euren Räumen, eurer Zeit und mit euren Methoden.

Die Teilnahme bei Ichmache>Politik ermöglicht euch, den Prozess für eine bessere Jugendpolitik in Deutschland zu beeinflussen, indem ihr euch über die regelmäßigen Beteiligungsrounden aktiv in die Diskussion um die zentralen Themen einbringt. Wir können nur sagen: Weiter so - bringt euer junges Denken in die Politik!

Als Mitglied der Steuerungsgruppe des Zentrums Eigenständige Jugendpolitik haben wir bereits an dem

dort gemeinsam erarbeiteten Feedback mitgewirkt. >> <http://go.dbjr.de/fbstrg2> Hiermit möchten wir jedoch die Möglichkeit nutzen, unsere Einschätzung zu einzelnen Ergebnissen zu konkretisieren.

## 1. Grundsätzliches zum Thema Partizipation

Einige Dinge waren euch besonders wichtig während dieser Beteiligungsrunde: Die Partizipation von Jugendlichen muss selbstverständlich und von der Politik auch gewollt sein. Dabei darf es nicht passieren, dass Jugendliche für repräsentative Zwecke missbraucht werden. Jugendliche können mit ihren Ideen die Politik bereichern. Ihr seid euch aber auch bewusst, dass der Prozess der Meinungsbildung Aufmerksamkeit und Sorgfalt verlangt. Oberflächliche Meinungsabfragen führen dazu, dass Ergebnisse doch wieder nicht ernstgenommen werden. Generell wünscht ihr euch ein mehr an Beteiligungsmöglichkeiten. Über Beteiligungsprojekte hinaus seht ihr es als wichtig an, dass die bestehende demokratische Interessenvertretung junger Menschen in Entscheidungen mehr miteinbezogen wird.

**Recht habt ihr! Wir als DBJR fordern**, dass junge Menschen an allen sie betreffenden Entscheidungen beteiligt werden. Dies muss unserer Meinung nach auf allen politischen Ebenen und ressortübergreifend geschehen. Dabei sind die Initiator\_innen, Planer\_innen und Organisator\_innen verantwortlich, dass Kinder und Jugendliche nicht für repräsentative Zwecke instrumentalisiert werden. Uns geht es um eine Begegnung auf Augenhöhe. Hierfür ist es nötig, einen Informationsgleichstand zwischen allen Beteiligten herzustellen und die jungen Menschen inhaltlich vorzubereiten. Der DBJR möchte auch, dass die selbstorganisierten Interessenvertretungen der Jugendlichen ernst genommen werden.

Prinzipiell wichtig war euch zu betonen, dass Beteiligung nicht zum Selbstzweck betrieben werden darf. Beteiligen sich Jugendliche an Entscheidungsprozessen, muss dies natürlich auch Konsequenzen haben!

**Wir sagen dazu: Genau!** Zu oft werden Beteiligungs-Projekte als reines „Demokratie-Lernerlebnis“ für junge Menschen durchgeführt. Echte Beteiligung zeigt sich aber daran, dass sie dann stattfindet, wenn es tatsächlich etwas zu entscheiden gibt. Partizipation kann aber auch nur erfolgreich sein, wenn die Ziele und Ansprüche der Jugendlichen realisierbar sind. Die Rahmenbedingungen müssen deswegen klar dargelegt werden.

## 2. Partizipation in Schule, Ausbildung und Arbeitswelt

Ihr habt euch gewünscht, dass mehr Verantwortung an die Schülerschaft abgegeben werden soll. **Auch wir sind der Meinung**, dass besonders in Schulen die existierenden Beteiligungsmöglichkeiten nicht dem Potenzial entsprechen. Dabei gilt gerade im schulischen Bereich, dass *jede* Entscheidung Konsequenzen für das Leben junger Menschen hat. Es sollte selbstverständlich sein, dass die Betroffenen – also ihr – in solche Entscheidungen mit einbezogen werden. Die demokratisch gewählte Schüler\_innenvertretung soll daher unserer Meinung nach ausgeweitete Kompetenzen und Rechte erhalten.

Ihr seht auch gerade in der Schule die Institution, in deren Rahmen auch die Anleitung zur Teilhabe einen wichtigen Platz einnehmen muss. **Hier stimmen wir euch voll zu.** Schule soll über formale Bildungsinhalte hinaus auch Kompetenzen vermitteln, die junge Menschen zu einer verstärkten erfolgreichen Beteiligung befähigen. Deswegen sind wir dafür, Mitbestimmung als eigenes Lernfeld fest im schulischen Alltag zu etablieren.

Engagement braucht auch Zeit. Zeit, die junge Menschen durch zunehmende schulische Verpflichtungen immer weniger haben. Eine eurer konkreten Forderungen in diesem Zusammenhang ist es, G8 zu überdenken. In gelockerten Lehrplänen seht ihr die Chance auf eine bessere Umsetzung von Beteiligung

an Schulen. Ihr schlagt auch Unterrichtsbefreiung für ehrenamtliches Engagement vor. Schul- und Semesterferien möchtet ihr als Freiräume erhalten wissen.

**Diese Forderungen unterstützen wir.** Auch wir weisen gegenüber politischen Vertreter\_innen immer wieder darauf hin, dass Schule und insbesondere G8 die Möglichkeiten des Engagements junger Menschen zu stark einschränkt. Wir schlagen deswegen einen bundesweiten freien „Ehrenamtsnachmittag“ in der Woche vor, um ehrenamtliches Engagement zu stärken. Die Arbeitslast durch die Schule darf unserer Meinung nach 35 Stunden pro Woche auf keinen Fall übersteigen. Auch wichtig finden wir, dass die Zeitfenster für Sommerferien in den verschiedenen Bundesländern nicht zu weit ausgedehnt werden sollte. Wir fordern, dass mindestens zwei Ferienwochen in allen Bundesländern zeitgleich liegen. Nur so haben junge Menschen in Jugendverbänden eine Chance, an bundesweiten Aktivitäten, Ferienfreizeiten oder Zeltlagern ihres Verbandes teilzunehmen.

**Mit Sorge beobachten wir** seit einigen Jahren den Rückgang des ehrenamtlichen Engagements von Studierenden während der Sommerferien. Für Studierende fordert der DBJR deswegen einen „Ferienschutz“, d.h. dass Studierende im Zeitraum der Sommerferien wieder verstärkt die Möglichkeit bekommen sollen, sich ehrenamtlich zu engagieren. Dieser Zeitraum muss deshalb frei sein von Hausarbeiten, Lehrveranstaltungen oder Klausuren.

Aber auch Unternehmen müssen eurer Meinung nach das Engagement junger Menschen unterstützen. Für die Mitglieder der Jugendauszubildendenvertretung gelten schon gewisse Schutzrechte. Diese sollen erhalten und ausgebaut werden. Für Freistellungen wünscht ihr euch ein bundesweit einheitliches Gesetz. **Wir stimmen mit euch überein**, dass die Möglichkeit der Freistellung gestärkt werden muss. Zurzeit engagieren sich hier vor allem die Landesjugendringe und bemühen sich in ihrem jeweiligen Bundesland, bestehende Regelungen auszuweiten.

Insgesamt seht ihr die Jugendverbände als wichtige Orte, um die Meinungsbildung von jungen Menschen zu fördern. Das hier Gelernte kann auch bei der Partizipation in Ausbildung und Arbeit helfen. **Es freut uns**, dass auch ihr der Meinung seid, dass die Arbeit der Jugendverbände ausreichend finanziell unterstützt werden muss.

### 3. Partizipation in Stadt und Land

Der Vorschlag zur gesetzlichen Verankerung von Beteiligung fand bei euch Anklang: Kinderrechte sollen ins Grundgesetz aufgenommen werden und Partizipation soll gesetzlich garantiert werden. Einen Vorbehalt hattet ihr: einen Zwang zur Beteiligung darf es nicht geben. Schon in die Entwicklung gesetzlicher Regelungen sollen Jugendliche mit einbezogen werden. Auch hier wird herausgestellt, dass neben der Möglichkeit der Beteiligung auch die Anleitung dazu eine große Bedeutung hat.

**Hier stimmen die Positionen des DBJR voll mit euch überein.** So setzen auch wir uns für die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz ein. Immer wieder betonen wir auch, dass junge Menschen an allen sie betreffenden Entscheidungen beteiligt werden müssen. Eine gute Jugendpolitik sollte alle Themen, die junge Menschen betreffen und interessieren, aus ihrem Blickwinkel heraus bearbeiten und für die konkreten Bedürfnisse stark eintreten. Das gilt natürlich für die lokale Ebene genauso wie für die Landes- oder Bundespolitik – gemeinsam denken, lokal handeln! Eine Zwangsbeteiligung junger Menschen darf es dabei aber unserer Meinung nach niemals geben.

Gerade auch auf Kommunalebene sind Kinder- und Jugendverbände wichtige Aktionsfelder der Partizipation. Auf Kommunalebene seht ihr alle Themen als jugendrelevant, deswegen muss dort Beteiligung ein ständiger Begleiter der Politik sein. Als funktionierende Struktur der Beteiligung muss vor allem das Modell der Jugendhilfeausschüsse erhalten und ausgebaut werden. Dabei sollen diese und auch

andere Gremien aktiv auf Jugendliche zugehen und sie zur Teilnahme ermuntern. Darüber hinaus wünscht ihr euch eine Jugendvertretung in jedem kommunalen Ausschuss, auch Jugendbeirats- und Schüler\_innenvertretungen sollten in politischen Ausschüssen mit abstimmen können.

**Unserer Meinung nach** gehören Jugendhilfeausschüsse zu den wichtigsten Institutionen, die Partizipation Jugendlicher in der Politik ermöglichen und sie konkret in politische Entscheidungsprozesse einbinden. Dieses Partizipationsmodell muss erhalten und ausgebaut werden. Nur der Erhalt der Jugendhilfeausschüsse in ihrer jetzigen Form oder eine darauf aufbauende Weiterentwicklung bietet langfristig die Garantie, dass die Interessen von Kindern und Jugendlichen lebendig und lebensnah in regionaler Politik ihren festen Platz finden. Für die Beteiligung auf kommunaler Ebene und darüber hinaus sehen wir viele gute Modelle, viel zu oft mangelt es aber an der Umsetzung bzw. an der Verbindlichkeit.

Das aktive Wahlalter sollte eurem Wunsch nach auf 16 Jahre gesenkt werden. In diesem Zusammenhang möchtet ihr mehr politische Bildung in der Schule, um junge Menschen angemessen darauf vorzubereiten. Die Forderung nach der Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre **vertreten wir als DBJR schon lange**. Im Zusammenhang damit muss eine ernst gemeinte und dauerhafte Stärkung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf den Weg gebracht werden.

#### 4. Neue Formen von Beteiligung

Den Bereich der Online-Partizipation seht ihr als willkommene Ergänzung und Bereicherung von bestehenden Formaten. Generell seht ihr Chancen in neuen Beteiligungsformen, seht diese aber nicht als Allheilmittel, um junge Menschen für Partizipation zu begeistern; die Motivation dafür kommt eurer Meinung nach immer noch vorrangig aus der Betroffenheit der Beteiligten und der Überzeugung, dass die Beteiligung sinnvoll ist.

Die neuen möglichen Formen von Beteiligung seht ihr so als ergänzende Möglichkeiten, deren Potenzial ausgeschöpft werden kann, wenn die zu Beginn genannten Grundsätze auch hier eingehalten werden. **Dem stimmen wir zu!** Wir sehen ePartizipation lediglich als ein Werkzeug zur Beteiligung an. Die „Offline-Beteiligungsformen“ vor Ort in der Gruppe können mithilfe von neuen Online-Formen oder auch Netzwerken sicher bereichert werden. Sie können und dürfen diese jedoch nicht ersetzen.

Gerade auch bei neuen Formen legt ihr Wert darauf, dass zuerst eine altersangemessene Befähigung gewährleistet wird. Darunter zählt für euch unter anderem eine Förderung der Medienkompetenz. Darüber hinaus weist ihr darauf hin, dass für eine Erweiterung des Beteiligungsspektrums auch finanzielle Mittel zur Verfügung stehen müssen. Ihr weist auch darauf hin, dass Onlineangebote nicht alle jungen Menschen erreichen. Sprachbarrieren können hier besonders hoch sein, und auch der Zugang zum Internet ist nicht für alle eine Selbstverständlichkeit. Viele eurer Forderungen greifen wir in unseren Grundsätzen für den Einsatz von ePartizipation auf, für die wir uns in der Jugendverbandsarbeit und Politik stark machen. Wir haben sie für euch etwas zusammengefasst:

- **WIRKSAMKEIT** – die Gestaltungsmöglichkeiten sind klar festgelegt. Es stehen ausreichende finanzielle Mittel für die Jugendbeteiligung zur Verfügung und die Ergebnisse entfalten in den jeweiligen Beteiligungsprozessen Wirkung.
- **ANGEMESSENHEIT** – Verfügbare Zeiträume, Möglichkeiten und Fähigkeiten junger Menschen werden berücksichtigt. Sie werden ggf. durch ausgebildete Fachkräfte begleitet.
- **TRANSPARENZ** – Abläufe, Entscheidungen, Ziele, und Resultate sind transparent. Die Mitbestimmungsrechte junger Menschen werden eingehalten und sie erhalten Zugang zu allen nötigen Informationen.

- **NACHHALTIGKEIT** – Alle Beteiligten lernen etwas über Partizipation, erlangen Kompetenzen und werden zu mehr Beteiligung angeregt.

**Wir halten es für notwendig**, nach neuen innovativen Partizipationsmodellen zu forschen. Zugleich müssen erprobte Konzepte nachhaltig und verbindlich verankert und wo angebracht durch aktuelle Werkzeuge wie ePartizipation ergänzt werden.

**Auch wir sehen** wie ihr potenzielle Schwierigkeiten in den ungleichen Zugängen zu Online-Angeboten. Wir treten dafür ein, dass Werkzeuge zur Beteiligung verfügbar gemacht werden. Es liegt in der Verantwortung der Politik, die Kosten dafür von Beginn an mit einzuplanen. Bei all dem müssen die Verantwortlichen im Blick behalten, dass die Verlagerung von Beteiligung ins Internet allein nicht automatisch zu einer jugendgerechteren Beteiligung führt.

### Zum Weiterlesen

Die Argumente des DBJR in diesem Feedback beziehen sich auf bereits veröffentlichte Positionen und Beschlüsse des DBJR. Damit ihr diese im Detail nachlesen könnt haben wir euch hier die wichtigsten Positionen zu diesem Themenfeld aufgeführt:

Pos. 94 „Ehrenamtlichen Engagement stärken“	>> <a href="http://go.dbjr.de/p94">http://go.dbjr.de/p94</a>
Pos. 75 „Ehrenamtliches Engagement junger Menschen“	>> <a href="http://go.dbjr.de/p75">http://go.dbjr.de/p75</a>
Pos. 12 „Mitwirkung mit Wirkung“	>> <a href="http://go.dbjr.de/p12">http://go.dbjr.de/p12</a>
Pos. 35 „Jugend braucht Gestaltungsmacht – Eckpunktepapier“	>> <a href="http://go.dbjr.de/p35">http://go.dbjr.de/p35</a>
Pos. 85 „ePartizipation - Beteiligung im und mit dem Internet“	>> <a href="http://go.dbjr.de/p85">http://go.dbjr.de/p85</a>

### Der DBJR nutzt den Gender\_Gap

(Gender = soziales Geschlecht, Gap = Lücke). Sprache ist ein Schlüssel für gesellschaftliche Veränderung. Daher ist in unseren Publikationen von Akteur\_innen, Partner\_innen und Freund\_innen zu lesen. Der Gender\_Gap ist ein Mittel der sprachlichen Darstellung aller sozialen Geschlechter und Geschlechtsidentitäten abseits der Zweigeschlechtlichkeit. Nicht alle Menschen können oder wollen sich in der Geschlechteraufteilung nach Mann und Frau wiederfinden. Andere Geschlechtszugehörigkeiten als Mann und Frau können Queer, Intersexuelle, Transgender oder Bi-Gendered sein. Um alle sozialen Geschlechter zu berücksichtigen, wurde die Form des Gender\_Gaps, auch „Performing the Gap“ oder nur „Gap“ genannt, durch Queer-Theoretiker\_innen wie Persson Perry Baumgartinger entwickelt. Mit dem Unterstrich sollen existierende Identitäten bzw. Geschlechter, die in der Schriftsprache bisher unsichtbar waren, sichtbar gemacht werden. Die Intention ist, niemanden auszuschließen und durch den Zwischenraum einen Hinweis auf diejenigen Menschen zu geben, die nicht in das Frau-Mann-Schema hineinpassen oder hineinpassen wollen.